

Energie Control Austria  
Rudolfsplatz 13a

1010 Wien

Per E-Mail an: [remit@e-control.at](mailto:remit@e-control.at)

Graz, am 31. Oktober 2014  
EW – 100 - TR/SI

## Stellungnahme Energiegroßhandelsdatenverordnung – EGHD-VO

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir bedanken uns für die Möglichkeit als Vertreterin der 130 kleinen und mittelgroßen EVU in Österreich in deren Namen eine Stellungnahme zum vorliegenden Entwurf der EGHD-VO, abgeben zu dürfen.

Wir weisen darauf hin, dass wir die Stellungnahme von Österreichs Energie zu diesem Verordnungsentwurf voll inhaltlich unterstützen und erlauben uns nachfolgend insbesondere auf jene Themenkreise einzugehen, die aus Sicht der kleinen und mittelgroßen EVU Österreichs im Zusammenhang mit der EGHD-VO relevant sind:

Gemäß § 1 „Gegenstand und Anwendungsbereich“ soll der vorliegende Verordnungsentwurf die „Überwachung des Handels mit Energiegroßhandelsprodukten“ regeln, „insoweit die Tätigkeit Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt hat“.

Die von uns vertretenen Unternehmen versorgen Kunden mit elektrischer Energie, nehmen allerdings größtenteils nicht selbst an einem Großhandelsmarkt teil. Viel mehr beziehen die Unternehmen die benötigte elektrische Energie von ihrem Vorlieferanten (meist eine „ehem. Landesgesellschaft“) zu Vollversorgungsverträgen. Die jährlichen Mengen liegen zwischen 600.000 kWh bis ca. 600 GWh.

Aufgrund des vorliegenden Verordnungsentwurfes müssten alle Energielieferanten im Falle von Standardverträgen bis zu 60 Datensätze an die Behörde melden. Dies gilt für den Verkäufer und den Käufer je Tranche gleichermaßen.

Die damit verbundenen Datenmeldungen stellen einen immensen internen Aufwand für kleine Stromhändler, samt kostspieliger Softwareanpassungen dar wobei gleichzeitig – wie oben bereits dargestellt – diese Stromhändler mit ihren Tätigkeiten und vernachlässigbaren Mengen sicherlich keine Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt nehmen (können). Die betreffenden Strommengen der kleinen Stromhändler liegen im Vergleich zur Gesamtabgabe an Strom in Österreich im Promillebereich und sind somit vernachlässigbar!

Wir regen daher an, eine **De Minimis-Grenze von 600 GWh** – in Analogie zu den Endverbrauchern gemäß REMIT-VO - für kleine Stromhändler in den Verordnungstext aufzunehmen.

Eine derartige De Minimis-Grenze würde die kleinen Stromhändler von einer direkten Meldung an die Behörde befreien aber gleichzeitig sicherstellen, dass die Handelsdaten von den Vorlieferanten – die ja aufgrund des VO-Entwurfs die eigenen Handelsgeschäfte und somit auch jene mit den „Kleinen“ liefern müssten – der Behörde bekannt gegeben werden. Alternativ könnte man generell auch den Vorlieferanten von Datenmeldungen befreien, die Unternehmen betreffen, welche unter die De Minimis-Grenze fallen.

Zusammenfassend schlagen wir vor:

1. **De Minimis Grenze von 600 GWh**; darunter fallende Unternehmen melden selbst nichts an die Behörde und auch der Vorlieferant meldet keine Daten über Stromgeschäfte mit kleinen Stromhändlern, die unter dieser Grenze liegen – oder
2. Die Handelsdaten mit den kleinen Stromhändlern gelangen über den Vorlieferanten - **aufgrund seiner eigenen Meldung** - an die Behörde.
3. Dann wäre weiters – eventuell in den Erläuterungen zur Verordnung - sicher zu stellen, dass der Vorlieferant **kein zusätzliches Entgelt** für diese Meldung dem „befreiten“ Stromhändler verrechnen darf, denn für den Vorlieferanten würden keine verrechenbaren Mehrkosten entstehen, wenn dieser nur „seine eigenen“ Handelsgeschäfte melden müsste.

Wir ersuchen unsere Vorschläge zu berücksichtigen und stehen Ihnen für etwaige Rückfragen oder ein persönliches Gespräch jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

VEREINIGUNG ÖSTERREICHISCHER ELEKTRIZITÄTSWERKE

A handwritten signature in black ink, reading 'Roland Tropper', with a stylized flourish at the end.

Mag. Roland Tropper  
Geschäftsführer